Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 53. Steinheim, Sonnabend, den 4. Juni 1921. 28. Jahrgang.

Das kommende Mietsgesetz.

Der schon vor längerer Zeit angekündigte Entwurf eines „Gesetzes über Regelung der Mietzinsbildung" ist nunmehr dem Reichstag zur Beschlußfassung zugegangen.

Der Gesetzentwurf hält der „D. A. Ztg." zufolge die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mietpreisbildung aufrecht, um unbillige Belastungen der Mieter zu verhindern. Andererseits soll dem Hausbesitz ein Ersatz der gestiegenen Selbstkosten zugebilligt werden. Danach ist der Grundgedanke des Entwurfs: Mietspreissteigerungen sollen nur insoweit zugelassen werden, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig geworden sind.

Für die Ermittlung der hiernach zulässigen „gesetzlichen" Miete, geht der Entwurf auf die Friedensmiete, d. h. den Mietzins zurück, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietszeit vereinbart gewesen ist. Zur Friedensmiete treten Zuschläge, die den Steigerungen der Betriebskosten und der laufenden Instandsetzungsarbeiten Rechnung tragen. Abgelehnt ist dagegen die Forderung der Hausbesitzervereine, daß dem Hausbesitzer ein der Geldentwertung entsprechend höherer Betrag gewährt werden müsse. Hinsichtlich der besonders wichtigen

Regelung der Reparaturenfrage

wird zwischen „laufenden Instandsetzungsarbeiten" und „großen Wiederherstellungen" unterschieden. Für die ersteren soll, falls sich Mieter und Vermieter nicht einigen, eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle entscheiden. Für die großen Instandsetzungsarbeiten (Ausbesserung des Daches, Anstrich des Hauses u. dergl.) sollen die Mieter durch Zuschläge zur Verzinsung und Tilgung des von dem Vermieter aufgewandten oder aufzuwendenden Kapitals herangezogen werden. Der Vermieter hat also das Kapital zu beschaffen, und der Mieter wird nur zur Verzinsung und Amortisation herangezogen.

Die wichtigste Vorschrift des Entwurfs ist die Bestimmung des § 1, wonach jeder der beiden Vertragsteile durch schriftliche Erklärung gegenüber dem anderen Teil unter Anrufung des Mietseinigungsamtes an die Stelle der Vertragsmiete die gesetzliche Miete zu setzen in der Lage ist.

*

Das Rentenergänzungsgesetz.

Außer dem Reichsmietengesetz ist dem Reichstag der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung zugegangen. Das Rentenergänzungsgesetz beruht auf einer Entschließung des Reichstags vom 18. Dezember 1920 und bezweckt, für die Empfänger von Renten aus der Angestelltenversicherung eine erweiterte Fürsorge zu schaffen, wie sie den Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung und aus anderen Spezialversicherungen bereits zugebilligt sind.

Die Engländer in Oberschlesien.

Verzögerung der Aktion gegen die Insurgenten.

Nachdem die Engländer in der Nacht zum 2. Juni den Vormarsch gegen die polnischen Aufrührer begonnen hatten, mußte derselbe bereits gegen Mittag wieder eingestellt werden, da General Le Rond Protest erhoben und sich schwere Unstimmigkeiten innerhalb der Interalliierten Kommission ergeben hatten. Infolgedessen sind Meldungen über die Besetzung der Stadt Groß-Strehlitz mit Vorbehalt zu behandeln. Le Rond verlangt im Gegensatz zu den Engländern nach wie vor, daß der deutsche Selbstschutz zurückgezogen und eine

neutrale Zone

geschaffen werde. Indessen haben die Engländer jetzt durchgesetzt, daß die Deutschen ihre Stellungen beibehalten dürfen. Man will die Polen zurückdrängen und verhandelt augenblicklich über den Umfang der Operationen sowie über die Beteiligung der Franzosen an denselben. Diese Beteiligung wird von den Engländern für besonders notwendig erachtet, da sie da sie durch eine eventuelle Beteiligung des deutschen Selbstschutzes schwere Konflikte mit den Franzosen und damit eine Gefahr für den Bestand der Entente befürchten. Eine Entscheidung über diese Frage wird erst nach der Ankunft des Befehlshabers der englischen Truppen in Oppeln erfolgen.

Inzwischen wächst

die Not der Deutschen Oberschlesiens

ins Ungeheuerliche. Die Polen plündern, morden und brandschatzen schlimmer denn je, da sie das Ende ihrer Herrschaft durch das Eingreifen der Engländer mit Recht befürchten. Selbst gegen die deutsche Arbeiterschaft gehen sie mit den brutalsten Mitteln wie Peitschenhieben und Martern jeder Art vor, um sie zum Eintritt in die polnischen Organisationen zu zwingen. Ein Delegierter der Bergarbeiter, der an der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Gießen teilnehmen sollte und von den Polen an der Abreise gehindert wurde, hat einen Brief an die Generalversammlung gerichtet, in dem er den Verband auffordert, für die bedrängten oberschlesischen Kameraden einzustehen und von der internationalen Kulturwelt energisches Vorgehen gegen die barbarischen Mordbanden zu verlangen. Zu ihrem Bekenntnis zum Deutschtum aber lassen sich die Deutschen Oberschlesiens nicht beirren. Sie verlangen stärker denn je, daß nach dem Ergebnis der Abstimmung und den Bestimmungen des Versailler Vertrages das ganze Land ungeteilt bei Deutschland bleibe und erwarten, daß die deutsche Regierung und das ganze deutsche Volk sie in dieser berechtigten Forderung unterstütze.

Die Versuche, den deutschen Selbstschutz den polnischen Insurgentenbanden gleichzustellen, und die Forderung Le Monds an General Hoefer, den Selbstschutz aufzulösen, sind jetzt ebenfalls als endgültig gescheitert zu betrachten. Nachdem General Hoefer sich geweigert hatte, der Forderung Le Monds nachzukommen, hat nun auch eine Abordnung des Zwölferausschusses der deutschen Parteien in Oberglogau hiergegen Protest in Oppeln erhoben und von Le Rond die Erklärung erhalten, daß

der deutsche Selbstschutz keine Insurgentenbande

sei, sondern daß er lediglich als Truppe zur Abwehr polnischer Angriffe zu betrachten sei, da er erst 10 Tage nach Ausbruch des Aufstandes sich organisiert habe. Daß Le Rond sich zu dieser Erklärung bereitfinden lassen mußte, ist im wesentlichen den Engländern zu danken, die für den Selbstschutz gegen die Verleumdungen der Franzosen eingetreten sind. Vielleicht darf man hieraus die Hoffnung schöpfen, daß so auch bei dem Entscheid über das Schicksal Oberschlesiens das deutsche Recht über polnische Gewalt und französische Machenschaften siegen wird.

Die Blutrache des Armeniers.

Zur Ermordung Talaat Paschas.

Die Mordtat des Armeniers Teilirian kam am Donnerstag vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin unter gewaltigem Andrang des Publikums zur Verhandlung. Der Angeklagte gab anfangs auf Wunsch des Vorsitzenden eine ausführliche Schilderung der armenischen Greuel, denen

40 000 Armenier

zum Opfer gefallen sein sollen, durch die er seine ganze Familie verloren hätte und denen er selber nur durch einen Zufall entronnen sei. Nur mit Mühe habe er sich nach Europa gerettet. Damals schon habe er den Plan gefaßt, seine Famalie und Volksgenossen an Talaat Pascha, der als Urheber der Greuel galt, zu rächen. Nach Verlesen des Eröffnungsbeschlusses erklärt Teilirian weiter, daß er sich nicht schuldig fühle, da sein Gewissen rein sei. Die furchtbaren Bluttaten hätten ihm stets vor Augen gestanden. Dazu sei ihm der Geist seiner Mutter erschienen und habe ihn zur Tat angestachelt. So habe er den Entschluß zur Ermordung Talaat Paschas gefaßt. Die Verhandlungen werden längere Zeit in Anspruch nehmen.

Dr. Wirths Programm.

Der Kanzler vor dem Reichstag.

— Berlin, 1. Juni.

Heute steht als einziger Punkt auf der Tagesordnung die mit großer Spannung erwartete Regierungserklärung. Gleich nach Eröffnung der Sitzung erhält Reichskanzler Wirth das Wort. Er führt aus:

Das Programm der Reichsregierung läßt sich in 3 Punkten zusammenfassen:

Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung.

In dieser Formel soll begründet sein, daß wir alle unsere Kraft daran setzen wollen, das deutsche Staatsschiff herauszulenken aus dem Wege der Krisen und Katastrophen. Die Annahme des Ultimatums hat einen Schlußstein gesetzt und unsere Politik in eine bestimmte Bahn gelenkt. Die Reichsregierung will die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen. Das ganze deutsche Volk muß sich anstrengen, Leistungen größerer Art zu vollbringen. Nur dann kann eine Höchstleistung erzielt werden. Hierin erblickt die Reichsregierung die einzige für Deutschland mögliche Politik. Nicht akademische Erörterungen, sondern allein die praktische Anerkennung des Leistungsprinzips wird für Deutschland und seine schwere Lage in der Welt Verständnis erwecken. Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Einige sind bereits abgelaufen. Wir haben sie innegehalten. Auf finanziellem Gebiete ist die Zahlung einer Milliarde Goldmark rechtzeitig erfolgt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums.

Ich komme nunmehr zu den Aufgaben, die sich aus dem wirtschaftlichen Teil des Ultimatums für Deutschland ergeben. Das Programm ist weit ausladend; es gliedert sich in drei Teile. Die Aufgabe, die unmittelbar vor uns steht, ist das finanzielle Programm; im engsten Zusammenhang damit steht das wirtschaftliche Programm und die sozial-ethischen Aufgaben. Der erste Teil umfaßt die Ablieferung von 26 Prozent der Ausfuhr und die fixe Summe von 2 Milliarden jährlichen Annuitäten. Dazu kommen dann noch die Besatzungskosten.

Wenn wir im Jahre 1921 dieselbe Ausfuhr haben wie 1920, würden wir insgesamt über 40 Milliarden Goldmark zu leisten haben. Diese Summe ist außerordentlich groß. Von vielen Seiten wird gesagt, wir können sie nicht leisten. Jetzt aber haben wir nicht mehr darum zu streiten, ob die Summe unserer Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Dieser theoretische Streit führt zu nichts. Wir müssen durch Taten zu beweisen suchen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. (Sehr richtig!)

Denn die Sache der Freiheit ist selbst mit schwersten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkauft. (Heiterkeit und großer Lärm. — Zurufe links: Amnestie!) Unsere nächste Aufgabe wird es sein, für die Erfüllung der Verpflichtungen einen sorgfältigen und genauen Zahlungsplan aufzustellen. Der deutschen Regierung läßt der Friedensvertrag ausdrücklich die Möglichkeit offen, mit bestimmten Vorschlägen an das Garantiekomitee heranzutreten und einen Plan festzustellen. Dieser Plan wird einerseits den Gesamtbetrag der Sachleistungen festzusetzen haben. So weit diese Verpflichtungen nicht durch Sachleistungen erfüllt werden, ist nachzuweisen, wie wir im Innern die Mittel aufbringen wollen, um den zu zahlenden Restbetrag durch Devisen zu decken. Es werden bestimmte Steuern zu kennzeichnen sein. Der gesamte Betrag dieser als Sicherheit gestellten Steuern muß hinreichend sein, um den fehlenden Restbetrag zu decken.

Wir haben uns bereits an die Arbeit gemacht und werden binnen kurzem über diesen Zahlungsplan uns mit der Garantiekommission in Verbindung setzen. Die 26prozentige Ausfuhrabgabe kann dauernd für die deutsche Ausfuhrindustrie nicht in Frage kommen. (Zustimmung.)

Preußischer Landtag.

— Berlin, 1. Juni.

Nachklänge zum Kapp-Putsch.

Nach Ueberweisung des Entwurfes über das Wahlprüfungsgericht an den Verfassungsausschuß wird die Besprechung der großen Anfrage über Abänderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes in Verbindung mit dem Antrag Altegoer (Ztr.) über die Realsteuern fortgesetzt.

Im Laufe der Debatte wendet sich der Abgeordnete Leinert (Soz.) gegen Angriffe des Kommunisten Katz, über den seinerzeit während des Kapp-Putsches von dem früheren Oberbürgermeister von Hannover die Schutzhaft verhängt worden sei. Als Leinert seinem Vorgänger im Amte nachgefolgt sei, habe er es im Interesse der Erhaltung der Republik nicht für zweckmäßig gehalten, Herrn Katz aus der Haft zu entlassen.

Als der Abgeordnete Katz seine Angriffe gegen Leinert wiederholt, weist dieser darauf hin, daß beim Kapp-Putsch die Verhältnisse in Hannover besonders schwierig gewesen seien. Die Deutsch-Hannoversche Partei hätte die Gelegenheit zur Aufrichtung eines selbständigen Hannovers für gekommen geglaubt und hat ihm die Präsidentschaft für die zu gründende Hannoversche Republik angeboten. Es sei ihm gelungen, sowohl die Absichten der Welfen als auch die der Kommunisten, die sich ständig der welfischen Fürsorge erfreuen, zum Nutzen der Allgemeinheit zu durchkreuzen.

Abg. Biester (Dtsch.-Hann.) erwidert auf die Ausführungen des Vorredners: Die Rolle Leinerts während des Kapp-Putsches sei recht merkwürdig gewesen. Er war allein darüber unterrichtet, daß das koppelsche Hindenburg-Bataillon in die Stadt rücken würde. Er sei für das in Hannover geflossene Blut verantwortlich.

Abg. Leinert (Soz.) weist es entschieden zurück, daß er das Blutvergießen in Hannover verschuldet hätte. Er habe von dem Einmarsch des Hindenburg-Bataillons erst gehört, als die Truppen schon da waren. Die gerichtliche Aufklärung der Dinge sei durch die Amnestie verhindert worden. Es könne ferner nicht bestritten werden, daß Abgesandte der welfischen Partei bei dem französischen General in Mainz gewesen sind, um die Wiederherstellung der Hannoverschen Selbständigkeit mit Hilfe des Auslandes zu erreichen. (Lebhafte Pfui-Rufe rechts.)

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 2. Juni.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Im Reichstag begann heute die große politische Aussprache der Parteien über die gestrigen programmatischen Erklärungen des Reichskanzlers. Mit der Besprechung verbunden werden die kommunistischen und unabhängig-sozialistischen Anträge auf Gewährung einer Amnestie und Beseitigung der Sondergerichte.

Als erster Redner spricht der Abg. Wels (Soz.) als Vertreter der stärksten Fraktion: Wie die Annahme des Ultimatums unabweisbare Notwendigkeit war, so müssen wir unseren Verpflichtungen nachkommen, bis man im Auslande einsieht, daß wir geleistet haben, was wir leisten konnten. Leider ist von einer Bestrafung der Kriegsverbrecher im Auslande nichts bekannt. Wir

bedauern auch, daß ihre Bestrafung in Deutschland nicht eher erfolgt ist. Die bisherigen Urteile des Reichsgerichts beweisen einen hohen Grad von Unparteilichkeit. (Beifall.) Die Entwaffnung muß auch in unserem eigenen Interesse rasch und gründlich durchgeführt werden. Das „Kabinett der Erfüllung" muß sich auf die arbeitenden Massen stützen. Es muß also auch deren Forderungen nachkommen. Der Belagerungszustand hat keine Existenzberechtigung mehr. Eine allgemeine Amnestie ist aber unmöglich, solange die kommunistische Zentrale sich offen zur Putschtaktik bekennt.

Wir dürfen nicht vorbeigehen an den Besitzern von Goldwerten. Wir müssen die Riesengewinne der großen Unternehmungen und Banken erfassen. Ein unverantwortlicher Luxus macht sich jetzt breit. Diese Kapitalisten dürfen nicht entschlüpfen. Wir haben Vertrauen zu der Regierung. Notwendig ist eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Den Wirtschaftsvertrag mit Rußland begrüßen wir.

Abg. **Becker-Arnsberg** (Ztr.): Wir wollen alle Opfer bringen, die zur Durchführung des Ultimatums erforderlich sind. Die besitzenden Klassen müssen in erster Linie herangezogen werden. Alle Steuerquellen müssen erschöpft werden. Aus dem Ausbau der Körperschafts- und der Börsensteuer sind größere Beträge zu erzielen. Die Nachlaßsteuer darf auf das Kindeserbe nicht ausgedehnt werden.

Reichsminister für Wiederaufbau Rathenau stellt sich dann mit einigen Worten dem Hause vor. Er habe kein eigentliches Programm, er wolle sein Ministerium völlig parteilos, nur nach rein sachlichen Grundsätzen führen. Auf die Angriffe der Rechten, daß er sich gegen die Annahme des Ultimatums ausgesprochen habe, entgegnet Rathenau, daß er nur in bezug auf das Indexschema große Furcht habe, daß das Ultimatum nicht erfüllt werden könne. Dieses Indexschema müsse unbedingt abgeändert werden. Schließlich appelliert der Minister an das deutsche Volk, nach der Unterschrift des Ultimatums alles zu tun, um die übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Bezüglich des Wiederaufbaues fordert er alle Stände und Parteien zur Mitarbeit auf.

Reichskanzler **Dr. Wirth** erklärt auf die Angriffe des Abg. v. Braun, daß die Einwohnerwehrfrage in keiner Weise die Loyalität der Reichsregierung in der Erfüllung des Ultimatums hindern dürfe.

Abg. **Henke** (U. Soz.) fordert die völlige und sofortige Auflösung der Einwohnerwehren. Ferner verlangt er energische Handlungen in Bezug auf die Einziehung der Steuern, besonders müsse der Kapitalbesitz herangezogen werden. In der Rede Wirths vermißt der Redner jede Anspielung auf die Sozialisierung. Der Redner fordert dann die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Sondergerichte und beantragt einen sofortigen Amnestieerlaß. Einer Verbreiterung der Regierung nach rechts würden die Unabhängigen großes Mißtrauen entgegenbringen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag. Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation Stresemann (D. Vp.) über die Aufhebung der Sanktionen und Fortsetzung der politischen Aussprache.

Soziales.

‡ **Die Not der Ruhestandsbeamten.** Den vielen Klagen über die Auszahlung der höheren Bezüge, die den Ruhestandsbeamten und Wartegeldempfängern durch das Pensionsergänzungsgesetz vom 1. April vorigen Jahres in Aussicht gestellt worden sind, kommt eine Anfrage des Abg. Morath (D. Vp.) entgegen. In dieser Anfrage wird die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß mit Ausnahme der Postbehörde fast alle Behörden mit der Auszahlung der Bezüge im Rückstande sind. Zahllose Ruhegehaltsempfänger haben noch keinen Pfennig von den Nachzahlungen erhalten. Die Reichsregierung wird um sofortige Abhilfe gebeten, da die wachsende Not der Ruhestandsbeamten keinen Aufschub duldet.

Aus Stadt und Land.

** **Die letzten deutschen Kriegsgefangenen.** Auf eine kleine Reichstagsanfrage nach dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen im Ausland hat das Auswärtige Amt erwidert, daß sich in ganz Rußland zurzeit noch ungefähr 3600 bis 4000 deutsche Kriegsgefangene befinden. Hiervon entfallen auf Sibirien etwa 200, von denen der größte Teil auf Heimschaffung verzichtet hat. Die Heimschaffung der in Ziskaukasien befindlichen etwa 1800—2000 Gefangenen dürfte bis zum Herbst beendet sein. Auch die noch in der Ukraine befindlichen rund 2000 werden in nächster Zeit heimbefördert, nachdem das mit der Ukraine getroffene Abkommen vom 23. April die Möglichkeit dazu geschaffen hat. Ueber die in Avignon in Frankreich zum Strafvollzug noch zurückgehaltenen 130 deutschen Kriegsgefangenen heißt es in der Auskunft des Auswärtigen Amtes weiter, daß trotz der „vielfachen nachdrücklichen Schritte" der Reichsregierung „die französische Regierung sich bisher nur dazu bereit gefunden hat, die vierzehn bayerischen Staatsangehörigen unter den Gefangenen zu entlassen".

** **Die Kaiserkette des Berliner Lehrergesangvereins.** Im Jahre 1913 erwarb der soeben von neuen im Rheinlande errungenen Triumphen heimgekehrte Berliner Lehrergesangverein die von Wilhelm II. gestiftete Kaiserkette als Ehrenpreis. Es ist nun wiederholt die Frage erörtert worden, welches die Zukunft dieses Ehrenpreises sei und wem sie gehören soll. Um die Frage endgültig zu entscheiden, hat sich der Vorstand des Vereins an den Kaiser nach Amerongen persönlich gewandt und von Wilhelm II. die Versicherung erhalten, daß der Berliner Lehrergesangverein solange im Besitz des Preises bleibe, bis ein neuer Gesangswettstreit durch einen neuen Kaiser ausgerufen wird, um den Preis alsdann zu verteidigen oder neu zu erringen.

** **Schiebungen in Eisenbahnmaterial.** Großen Schiebungen ist man auf dem Hüttenwerk Rote Erde in Aachen auf die Spur gekommen. Von Bahnschwellen und Eisenblechen sind zahlreiche Wagenladungen durch Angestellte und Arbeiter verschoben worden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

** **Steuerkrawalle in Tschechien.** In Freiwalden veranstaltete die Bevölkerung große Straßenkundgebungen gegen die unerträgliche Besteuerung. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, welche mit gefälltem Bajonett gegen die Demonstranten vordrang. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Schließlich wurde Militär aufgeboten, welches gegen die Menge vordrang.

* **Spendet für die oberschlesischen Flüchtlinge.** Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erlassen einen Aufruf an alle Oberschlesier im Reiche um schleunigste Hilfe für die Flüchtlinge, die Vergewaltigten und die Beraubten und Ausgeplünderten, die durch das Treiben der Korfanty-Banden und die Untätigkeit der französischen Truppen in eine nicht zu schildernde Notlage geraten sind. Es fehlt an Geld, Kleidern, Nahrung, der Zustand der armen Opfer ist erbarmungswürdig. Es muß sogleich geholfen werden. Geldspenden werden auf das Konto Oberschlesien der Bank für Handel und Industrie in Breslau erbeten.

** **Fünfstündiger Aerztestreik in Oesterreich.** Dienstags mittags 12 Uhr trat die Aerzteschaft ganz Oesterreichs in einen fünfstündigen Streik als Protestkundgebung gegen eine Anzahl in letzter Zeit erlassener Gesetze und Verfügungen auf dem Gebiete der Heilkunde, in denen die Aerzte eine Bevorzugung des Kurpfuschertums zum Schaden der Volksgesundheit erblicken und sich in ihrem Beruf und in ihrer sozialen Stellung zurückgesetzt und schwer geschädigt fühlen.

Kleine Nachrichten.

* Das deutsche Schiff „George Washington" ist in Hoboken (Nordamerika) teilweise durch Feuersbrunst zerstört worden.

* In Mainz wurde ein französischer Offizier von einem Untergebenen niedergestochen. Der Täter wurde verhaftet.

* Bei einer Hochzeitsfeier in der Familie Fissner in Schüren bei Aplerbach (Westf.) erkrankten 30 Hochzeitsgäste unter Vergiftungserscheinungen.

Gerichtssaal.

‡ **Das Urteil im dritten Kriegsbeschuldigten-Prozeß.** Im dritten Kriegsbeschuldigtenprozeß wurde der Angeklagte Neumann wegen Mißhandlung Untergebener in zwölf Fällen und wegen Beleidigung eines Untergebenen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die erlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

‡ **Gefängnis für einen ehemaligen württembergischen Kriegsminister.** Das Schwurgericht verurteilte den früheren württembergischen Revolutionskriegsminister Albert Schreiner und den Schriftleiter des „Sozialdemokrat" Paul Böttcher wegen eines Artikels „Hand aus zur Tat" zu drei bezw. zwei Monaten Gefängnis.

Vorgeschichte des Weltkrieges.

Ein deutsches Weißbuch.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages übergibt jetzt in einem Weißbuch Angaben über die militärischen Kräfte, mit denen die Großmächte im August 1914 in den Weltkrieg eintraten, der deutschen Oeffentlichkeit. Aus der Fülle des umfangreichen Aktenmaterials, das in diesem Weißbuch, entgegen den Veröffentlichungen anderer kriegführender Staaten, lückenlos zusammengestellt ist, ergeben sich vielinteressante Beleuchtungen der Schuldfrage, ohne daß der Untersuchungsausschuß zu einem abschließenden Urteil über die Schuld am Kriege gekommen ist. Das wird in voller Deutlichkeit erst dann möglich sein, wenn insbesondere England und Frankreich ihre Archive öffnen und der Wahrheit die Ehre geben.

Nachdem eine Reihe falscher französischer und russischer Veröffentlichungen über deutsche Kriegspläne an Hand des aktenmäßigen Tatbestandes widerlegt und der Beweis für französische und englische Rüstungen noch vor der Kriegserklärung erbracht worden ist, beschäftigt sich das Weißbuch mit der russischen Mobilmachung. Diese Frage wird in ein neues Licht dadurch gerückt, daß Rußland auf die österreichische Teilmobilmachung, die sich nur gegen Serbien richtete und sich auf 8 Armeekorps erstreckte, wovon nicht ein einziges an russisches Gebiet grenzte, sofort mit einer Gesamtmobilmachung von über 1¾ Million Mann antwortete. Ohne also in irgendeiner Weise militärisch provoziert zu sein, ließ Rußland durch seine umfassende Mobilmachung an allen Fronten seine deutlichen Kriegsabsichten erkennen.

Im weiteren beweist das gesammelte Aktenmaterial, wie ungleich das Kräfteverhältnis der kriegführenden Parteien schon zu Anfang des Krieges war. Selbst die französische Armee verzeichnete nur 10 Divisionen weniger als die deutsche, während der Irrtum noch viel verbreitet ist, daß das französische Heer dem deutschen weit unterlegen war. Das Kräfteverhältnis war für die Zentralmächte das denkbar ungünstigste. Selbst der deutschen Marine stand eine schon seit dem 28. Juli 1914 wohlgerüstete und bereits ausgelaufene englische Flotte gegenüber.

Das Weißbuch enthält außerordentlich viele Feststellungen, daß Deutschland den Krieg keineswegs gewollt hat, daß der Vernichtungswille unserer Gegner aber schon aus ihren Vorbereitungen im tiefsten Frieden deutlich erkennbar ist.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

„Wenn der Herr Staatsanwalt dagegen keine Einwendungen zu machen hat?" fragte der Vorsitzende. Herr von Dünenhorn erhob sich halb und machte eine verneinende Bewegung. „Die Herren Geschworenen?" Mit leiserer Stimme zu den Herren Richtern gewandt, fragte er weiter: „Die Herren sind damit einverstanden? . . ."

Die Beisitzer stimmten zu.

„Nun also," verkündete er laut, „der Gerichtshof verzichtet auf die Vernehmung der noch geladenen Zeugen: Landgerichtsdirektor Hillstädt, Fräulein Franziska Lessen, Legationsrat von Berwitz, und entläßt dieselben. Vor der Begründung der Anklage durch den Herrn Staatsanwalt wollen wir eine einstündige Pause eintreten lassen. Pünktlich um dreiviertel auf vier werden die Verhandlungen wieder aufgenommen."

XXIV.

Die Herren vom Gericht und die Geschworenen hatten ihre Sitze wieder eingenommen. Der Fürst saß auf seinem früheren Platz hinter seinem Verteidiger. Der Zuschauerraum war vollkommen gefüllt. Auf den Anschlag der Glocke verstummte alles.

„Ich eröffne die Sitzung und erteile nunmehr dem Herrn Staatsanwalt zur Begründung der Anklage das Wort," sagte der Vorsitzende.

Unter atemloser Spannung erhob sich Herr von Dünenhorn und begann also:

„Meine Herren Geschworenen!

Der Mann, den Sie heute auf der Anklagebank sehen, hat nichts gemein mit jenen verkommenen und ruchlosen Elementen der Gesellschaft, die unsere Sicherheit an Gut und Blut bedrohen, gegen deren gewaltsame oder heimtückische Angriffe die Bürger den Schutz des Staates anrufen und die Strenge des Gesetzes fordern. Er hat nichts gemein mit jenen, die vor ihm auf derselben Bank gesessen haben und seinen Platz nach ihm einnehmen werden.

Und gegen diesen Mann, dem noch in dieser Stunde unser aller wärmste und wahrste Sympathien gehören, muß ich die Anklage erheben wegen einer Handlung, die unser Gesetz den schwersten Verbrechen beigesellt. Wahrlich, da bedarf es fast übermenschlicher Anstrengungen, um jede weichherzige Anwandlung zu meistern! Werde hart! muß ich mir mit dem Schmied von Ruhla zurufen. Ich darf den Blick nicht auf jene Stelle richten, von der der Angeklagte mit würdevoller Gelassenheit zu mir aufschaut; ich muß ihn richten auf jene unbewegliche steinere Gestalt, die mit der Wage in der einen und dem Richtschwert in der anderen Hand auf dem Firste dieses Gebäudes thront, auf die Themis mit verbundenen Augen.

Die Gerechtigkeit, meine Herren Geschworenen, ist nicht blind. Sie sieht scharf und gut. Richtet sie aber, so legt sie die Binde um die Augen, sie wägt nur die Tat und urteilt ohne Ansehen der Person.

Wenn irgend etwas imstande ist, die unversöhnlichen Gegensätze unserer Gesellschaft milder zu stimmen, so ist es das von hoch und gering, von arm und reich geteilte Bewußtsein, im Rechte schließlich doch den Schutz des Guten und die Strafe des Bösen zu finden. Die Besitzenden und die Besitzlosen haben dasselbe mächtige Interesse daran, das Recht in unerreichbarer Höhe, in unbefleckbarer Reinheit zu erhalten. Und unser großer König Friedrich hat mit Recht gesagt, daß ein Gerichtshof, der ungerechtes Urteil fällt, schlimmer ist als eine Mörderbande."

In scharfer, anschaulicher Weise und in beredten Worten gab nun der Staatsanwalt eine Darstellung der Vorgänge in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember, wie sie die Anklageschrift schon skizziert hatte. Die seine Ausführungen durchkreuzende, alle Welt überraschende neueste Aussage des Fritz Wildicke beseitigte er in knappen Worten von äußerster Energie. Er bezeichnete sie als eine jener, leider nicht ungewöhnlichen Ruchlosigkeiten, deren sich Bösewichter, im Glauben ihrer Straffreiheit, schuldig machen, um schadenfroh ihrer erbittertsten Feindin, der Gerechtigkeit, ein Schnippchen zu schlagen. Den sittlichen Wert der anderen Belastungszeugen, des Saza und der Schmider, wolle er nicht prüfen, wolle auch nicht nach den Beweggründen ihres Handelns forschen, aber der sachliche Wert ihrer Angaben könne dadurch nicht beeinträchtigt werden. Ständen diese Angaben allein und unabhängig da, so würde er selbst für deren unbedingte Glaubwürdigkeit einzutreten Anstand nehmen; allein sie fügten sich als organische Glieder vollkommen richtig in das Ganze ein, sie erklärten alles sonst Unerklärliche.

„Bei der Erhebung dieser Anklage haben wir gewissenhaft geprüft, ob unter diesen ganz besonderen Umständen dem Angeklagten nicht die Wohltat der Fahrlässigkeit zugute kommen könne. Wir haben diese Frage verneinen müssen. Der Angeklagte hat gründliche juristische Studien gemacht, die juristischen Prüfungen mit Auszeichnung bestanden und steht auf einer so hohen Stufe der Bildung, daß ihm die Bedeutung der ihm vom Richter vorgelegten Frage und die Bedeutung seiner unter dem Zeugeneide darauf gegebenen Antwort vollkommen klar sein mußten.

Dahin richtet sich also mein Antrag. Der Angeklagte hat, als er unter seinem Eide erklärte, daß er in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember nicht im Palais des Grafen Ifeneck gewesen sei, wie ich Ihnen bewiesen zu haben glaube, eine wissentlich falsche Angabe gemacht. Da aber die Bekundung der Wahrheit gegen ihn selbst eine Verfolgung wegen widerrechtlichen Eindringens in ein befriedetes Eigentum hätte nach sich ziehen können, so würde dieser Umstand zugunsten des Angeklagten zur Geltung kommen.

Sie werden nun den Herrn Verteidiger hören, dessen Aufgabe in diesem Falle die dankbarere ist. Meine Pflicht erheischt, daß ich mich noch einmal an Ihr Gewissen wende. Vergessen Sie Rang und Stand, Charakter und Leistungen, vergessen Sie alles Persönliche! Nur über diese Tat haben Sie zu urteilen, über nichts anderes! Und wenn Sie mit mir die Ueberzeugung teilen, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat begangen hat, daß er aus zartfühlender Ritterlichkeit, um die vergifteten Pfeile der Verleumdung von einer verehrungswürdigen Frau abzulenken, auch vor dem Richter eine Tatsache in Abrede gestellt hat, zu deren Ableugnung vor jedem Unbefugten seine männliche Ehre ihn verpflichtet haben würde — wenn Sie das mit mir glauben, so werden Sie die Schuldfrage bejahen müssen, mag es Ihnen auch menschlich noch so nahe gehen, mag es Sie auch mit der schmerzlichsten Teilnahme erfüllen.

Und meine Herren Geschworenen, glauben Sie meinem aufrichtigen Worte: so grausam der Schmerz auch wäre, den Ihnen die Erfüllung Ihres schweren Amtes durch die Verurteilung eines Mannes von der Eigenschaften des Angeklagten bereiten würde, dieser Schmerz würde doch nicht größer und nicht quälender sein können, als das Gefühl, das mich übermannt, wenn ich das Schuldig für den Angeklagten beantrage!"

Der Staatsanwalt setzte sich. Die wahre Ergriffenheit, die sich seiner bemächtigt hatte, und die auch in dem warmen Ton seiner vollen und wohllautenden Stimme ihren wahren Ausdruck fand, teilte sich allen seinen Hörern mit.

„Ich würde es dem Herrn Verteidiger anheimstellen, ob er sogleich das Wort ergreifen will, oder ob es ihm wünschenswert erscheint, daß wir zunächst eine kürzere Erholungspause eintreten lassen," bemerkte der Vorsitzende nach einiger Zeit.

„Ich möchte den Herrn Vorsitzenden gehorsamst bitten, die Verhandlungen ohne weitere Unterbrechung zu Ende zu führen."

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Am Donnerstag, den 9. Juni, Abends 8.30 Uhr, findet im Saale des Herrn Franz Müller eine

Öffentliche Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Referat des Genossen Felgenträbe über:
   „Die politische Lage und die Sozialdemokratie."
2. Freie Aussprache.

(Saalgeld 50 Pfennig).

Zum Massenbesuch ladet ein:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.
Ortsgruppe Steinheim.

Loucheurs Aufbauprogramm.

Verwendung deutscher Arbeiter nur in geringem Umfange.

Die Verschleppung der Wiederaufbauarbeiten hat bei der Bevölkerung der zerstörten Gebiete große Erbitterung gegen die Regierungspolitik hervorgerufen, so daß der zuständige Minister, der bekannte französische Großindustrielle Loucheur, sich gezwungen sah, bei der letzten Beratung des Budgets für den Wiederaufbau im Senat das Regierungsprogramm für die Wiederaufbauarbeiten zu verteidigen.

Er erklärte, man könne das, was bis jetzt unternommen wurde, kritisieren, aber, wenn man gerecht sein wolle, müsse man sich an den chaotischen Zustand erinnern, in dem sich die Kampfzone nach dem Waffenstillstand befunden habe. Minister Loucheur äußerte sich alsdann über die namentlich in landwirtschaftlicher Beziehung bereits gemachten Anstrengungen und sagte, daß die Berechnung der Schäden in gerechter Weise vorgenommen werden solle. Er ging alsdann zur

Beteiligung Deutschlands

über. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Verwendung deutscher Arbeiter in großem Umfange aus den verschiedensten Gründen abgelehnt werden müsse, namentlich aber deshalb, weil man einen erheblichen Teil der Arbeitslöhne in Mark bezahlen müsse. Aber Deutschland könne sehr gut durch seine Arbeiter auf deutschem Gebiet Materialien vorbereiten, die in Frankreich für den Wiederaufbau verwendet werden würden. **Die Beschäftigung deutscher Arbeiter müsse sich auf die absolut verwüsteten Gebiete, die von der Bevölkerung verlassen seien, beschränken.**

Er habe von Deutschland ein Angebot für die Lieferung von 25 000 Dauer-Holzhäusern eingefordert. Niemand solle gezwungen werden, diese Häuser zu kaufen; sie seien nur für die Leute, die geneigt sind, sie zu nehmen. In Frankreich fehle es an qualifizierten Bauarbeitern, deshalb müsse man Auswege suchen. Deutschland könne monatlich 1500 Häuser liefern und die Lieferung später auf 2000 bis 2500 monatlich steigern. Diese Häuser seien um 20 bis 25 Prozent billiger als die Häuser aus Ziegeln. Sie würden nur bestellt werden, wenn die deutschen Preise annehmbar sind.

Er hoffe, von den Deutschen Materialien zu erlangen, aber nur in dem Maße, als dadurch die nationale Industrie nicht gefährdet werde. Aber die Industrie Frankreichs dürfe sich auch nicht der Faulheit hingeben, sie müsse sich vielmehr auf den Kampf mit der deutschen Industrie vorbereiten.

Zum Schluß erklärte Loucheur, er hoffe, daß von 1922 an keine Staatsarbeiten in den verwüsteten Gebieten mehr vorgenommen würden. Eine übermenschliche Arbeit müsse verrichtet werden. Wenn man in 10 Jahren damit fertig werden wolle, dann hätte Frankreich ein Werk vollbracht, das kein anderes Land hätte vollbringen können.

Ein Vertrauensvotum für Briand.

Ein Antrag der Rechten, die Londoner Beschlüsse dem Ausschuß zur Prüfung zu überweisen, wurde vom Senat mit 269 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung des Antrages kommt einem Vertrauensvotum für Briand gleich, dessen Haltung auf der Londoner Konferenz bekanntlich bereits durch die Kammer gebilligt worden ist.

Preußens Riesendefizit.

— Berlin, 2. Juni.

Nahezu 2,4 Milliarden Fehlbetrag.

Der neue preußische Finanzminister Sämisch hat sich für seine Jungfernrede die wenig angenehme Aufgabe ausgesucht, den neuen Haushaltsplan im Landtage zu begründen und in Verbindung damit die trostlose Finanzlage Preußens zu schildern. Der Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 16,7 Milliarden ab, während die Schlußsumme im Vorjahre nur 9,6 Milliarden Mark betrug. Der Ausgabebedarf ist somit um rund 7,1 Milliarden Mark höher als der Ausgabebedarf von 1920.

Zwischen Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Fehlbetrag von 2,3 Milliarden, genau 2,380 Milliarden Mark, für den die Deckungsmittel noch gefunden werden müssen.

Der Grund für die Steigerung der Ausgaben liegt in der allgemeinen Senkung des Geldwertes, der vor allem auf dem Gebiet der Beamten- und Lehrerbesoldung sehr erheblich höhere Ziffern notwendig machte. Außerdem hat der preußische Staat durch die Uebernahme von ¾ gegen früher ¼ der persönlichen Volksschullasten ganz ungeheure neue dauernde Ausgaben übernommen. Die Gesamtsumme der Staatsausgaben für die Beamten- und Lehrergehälter, die nach dem letzten Friedensetat 600 Millionen Mark betrug, ist in dem Voranschlag von 1921 auf 5,8 Milliarden Mark, also fast das Zehnfache, gestiegen. Für die Erwerbslosenfürsorge sind 100 Millionen Mark eingesetzt.

Der Minister verkennt nicht, daß bei der Erschließung eigener neuer Steuerquellen vorsichtig zu Werke gegangen werden muß. Wird z. B. auf die Grundsteuer zurückgegriffen, die bisher den Gemeinden zur Verfügung stand, so darf nicht aus dem Auge gelassen werden, daß die finanzielle Not, in der sich Preußen befindet, sich auch bei den Gemeinden zum Teil in erschreckendem Umfang bemerkbar macht. Mit der Erhöhung der Einnahmen muß selbstverständlich nach wie vor eine dauernde **Einschränkung aller Ausgaben** auf das unbedingt notwendige Maß Hand in Hand gehen. Wichtig ist vor allem, daß auch weiterhin an der Vereinfachung der Verwaltung unter möglichster

Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl

gearbeitet wird. Bei dem ganzen Ernst unserer Lage müssen wir uns daran gewöhnen, daß wir künftig Aufgaben kultureller und sozialer Art, die wir bisher als selbstverständliche Staatsaufgaben betrachtet haben, nicht mehr wie bisher erfüllen.

Englisch-französischer Gegensatz.

Frankreichs Antwort an England.

In ihrer Antwort auf die letzte englische Note erklärt die französische Regierung, daß sie die Zustimmung, die von London zu dem französischen Vorschlag zur Ernennung einer Sachverständigen-Kommission gegeben ist, sehr hoch einschätzt. Wenn auch natürlich Schwierigkeiten dadurch entstehen, daß diese Kommission in Oppeln ihren Sitz haben soll, so nehme sie doch den englischen Vorschlag an. Doch müsse sie an ihren Bedenken wegen der Zusammenkunft des Obersten Rates in dieser Woche festhalten, weil Briand in Paris durch die Besprechungen im Senat festgehalten wird und der Oberste Rat nur dann mit Erfolg zusammentreten kann, wenn er von dem Bericht der Sachverständigen Kenntnis erhalten hat und eine Besserung der Lage in Oberschlesien eingetreten ist.

Die französische Regierung schlägt eine Reihe von Maßnahmen und Schritten vor, welche die Lage und Ordnung in Oberschlesien wiederherstellen sollen:

1. einen gleichzeitigen Schritt der alliierten Vertreter in Berlin und Warschau, um beide Regierungen zur vollkommenen Entwaffnung und Einstellung der Feindseligkeiten in Oberschlesien zu veranlassen;
2. die Absendung einer gemeinsamen Mitteilung der Interalliierten Kommission in Oppeln, die der Bevölkerung in Oberschlesien den Rat erteilen soll, sich ruhig zu verhalten;
3. die Ernennung einer Sachverständigenkommission, die die stattgefundene Volksabstimmung zu kontrollieren hat und die geographischen und wirtschaftlichen Fragen prüfen soll, die zur Vorlegung an den Obersten Rat unentbehrlich sind.

Erst dann soll der Oberste Rat zusammenberufen werden, um nach allgemeiner Kenntnis der Verhältnisse eine Entscheidung zu treffen, wie die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden kann.

London besteht auf dem sofortigen Zusammentritt des Obersten Rates.

Wie Reuter hierzu meldet, ist bisher der Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der oberschlesischen Frage zu ernennen, noch nicht formell angenommen worden. Man ist in London der Ansicht, daß die Ernennung von Sachverständigen, bevor die allgemeinen Richtlinien, die sie bei ihrer Arbeit befolgen sollen, vom Obersten Rat bestimmt worden sind, kaum eine Lösung der oberschlesischen Frage fördern würde. Die britische Ansicht geht dahin, daß der Oberste Rat zuerst zusammentreten muß und zwar so bald wie möglich.

Da für den Sachverständigenrat eine 14tägige Beratungsfrist in Vorschlag gebracht wird, so könnte die Konferenz erst um den 20. Juni stattfinden. Beharre England jedoch auf schnellem Zusammentritt, so hält Frankreich den 11. Juni für das früheste mögliche Datum.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

*_*_* **Steinheim**, 4. Juni.

*— Der Monat **Juni** hat seine Herrschaft angetreten. Was unter der belebenden Wirkung des Vormonats und unter der ungebändigten Erstehungskraft, die gerade dem Mai innewohnt, draußen in Feld, Wald und Flur zu neuem Leben erstanden, vertieft sich im Laufe des Juni in seiner sommerlichen Entwicklung und Fülle. Dunkler und saftiger in seinen Tönen wird das Laub der Wälder, höher und blütenreicher das Gras der Wiesen. Auf den Feldern sind alle Hackfrüchte üppig ins Kraut geschossen. Das Getreide wird gegen Ende des Monats bereits seinen Ausreifungsprozeß durchmachen. Denn der gegen Ende des Monats eintretende Peter-Paulstag ist als Schlußtermin für die Getreideentwicklung bekannt. „Peter-Purzel — bricht dem Korn die Wurzel", sagt eine alte Bauernregel, denn von diesem Tage ab fangen die Halme an gelb zu werden, und wenige Wochen darauf beginnt bereits der Schnitt.

*— Ein ergiebiger **Regen** ging gestern vormittag und heute Nacht über unsere Gegend hernieder, der den Aeckern, Gärten und Wiesen ungemein wohlgetan hat. Heute grünt und blüht draußen in Feld, Wald und Flur wieder alles in üppiger Pracht nach der reichen Erquickung. Im übrigen sollen die Ernteaussichten in unserer Feldmark recht günstig sein.

*— **Paderborn**, 3. Juni. Eine Trauung, bei der „Sie" bereits 17 Jährchen und „Er" schon 19 zählte, wurde am Donnerstag vormittag unter großer Beteiligung von Neugierigen in einer hiesigen Kirche vollzogen.

*— **Pressezensur** im besetzten Gebiet. Die Pressezensur hat im neubesetzten Gebiet wieder mit außerordentlicher Schärfe eingesetzt. So wurden in der vergangenen Woche von der Besatzungsbehörde folgende Blätter auf 8 Tage verboten: „Mühlheimer Tageblatt", „Volkszeitung" in Ruhrort und die „Hamborner Volkszeitung".

*— **Aus der Heide**, 2. Juni. Weil er infolge falscher Steuerangabe 70 000 Mark Strafe bezahlen sollte, erhängte sich der Gutsbesitzer Finkenmeyer, der reichste Landwirt in Bokeln. Ein ähnlicher, aber wohl durch plötzliche Geistesumnachtung verursachter Fall ereignete sich in Arnstedt. Dort erhängte sich der Gutsbesitzer Butt. Im Arm, fest an die Brust gedrückt, hielt er einen Kasten, der 500 000 Mark enthielt.

Gottesdienstordnung
in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

Herz-Jesu-Sonntag, den 5. Juni 1921.

Kollekte für den neuen Herz-Jesu-Lobealtar.

Um eine reichliche Herz-Jesu-Liebesgabe wird gebeten.
Das hl. Herz-Jesu belohnt es.

Vormittags 6.30 Uhr: Hlg. Messe.
7.30 Uhr: Frühmesse. Gemeinschaftliche hl. Kommunion des eucharist. Männerapostolats und der Schulkommunikanten der Klassen 2a und 2b.
10 Uhr: Hochamt.
Nachmittags 2.30 Uhr: Herz-Jesu-Bitt- und Sühneandacht und Weihe an das hl. Herz-Jesu.

Bekanntmachung!

Die Ausgabe der Zuckermarken für Juni und der Marken für Einkochzucker findet am Dienstag statt und zwar für die

Hausnummern	1— 50	von 9 —10 Uhr
„	51—100	von 10—11 Uhr
„	101—150	von 11—12 Uhr
„	151—200	von 12— 1 Uhr
„	201—250	von 2 — 3 Uhr
„	251—300	von 3 — 4 Uhr
„	301—350	von 4 — 5 Uhr
„	351—Schluß	von 5—6 Uhr.

Steinheim, den 3. Juni 1921.

Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Ziegenzucht-Verein zu Steinheim.

Die Mitglieder, welche Kleie benötigen, wollen sich bis Sonntag abend bei Herrn Franz Rohde melden.

Der Vorstand.

Danksagung!

Für die uns anlässlich unserer Hochzeits-Feier entgegen gebrachten Glückwünsche sprechen wir hiermit unseren

Herzlichsten Dank

aus.

Steinheim, im Juni 1921.

Joh. Krehemeier u. Frau
Johanna, geb. Döhre.

Schönen zarten Spargel, Johannislauch, Radieschen und Kopfsalat in der Centralgärtnerei R. Pohl.

Habe abzugeben:
Reinrassige Strasser-Tauben
1 Paar Junge, und ein Paar Alte mit Jungen, sehr empfehlenswert für Liebhaber.
Anton Kleine Nr. 51, Rolfzen.



MAGGI's Würze

altbewährt in Güte und Würzkraft, ist nur etwa 4 mal so teuer als früher, während andere Nahrungs- und Genußmittel heute mindestens das zehnfache kosten.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen Nr. 6.

- Einladung -

zu der am Dienstag, den 7. Juni 1921, nachmittags um 8 Uhr stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten.

Tagesordnung:

1. Zuschuß für die Verwendung von Basalt zur Einschüttung der Decklagen der Kreisstraßen.
2. Besteuerung der von der Einkommensteuer nicht erfaßten Einkommensteile.
3. Reparatur des Schützenhauses.
4. Erholungskur bedürftiger Kinder in Salzuflen.
5. Antrag der Freiwilligen Feuerwehr auf einen Zuschuß zu Bekleidungskosten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
Joseph Schriegel.

Bekanntmachung!

Der Kreisausschuß hat angeordnet, daß sich die Bäcker in der Herstellung des Krankenbrotes abwechseln sollen. Für die Zeit vom 1. Juni bis 1. September ist der Bäckermeister Rüsenberg mit dem Backen des Krankenbrotes beauftragt worden.

Der Magistrat:
J. V. Reineke.

Bekanntmachung!

Von der stadtseitig erworbenen Wiese vor dem Schützenhause sollen am Montag, den 6. Juni nachmittags 6 Uhr ca. 2-einviertel Morgen öffentlich meistbietend an Ort und Stelle verpachtet werden.

Steinheim, den 1. Juni 1921.

Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Durch Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Minden ist der stellvertretende Bürgermeister Gerhard Reineke in Steinheim zum Standesbeamten und der Beigeordnete Kremer in Steinheim zum 1. Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Steinheim-Land, im Kreise Höxter bestellt worden.

Steinheim, den 31. Mai 1921.

Der Magistrat:
J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Nachdem die Belieferung der Haushaltungen mit Steinkohle allgemein untersagt worden ist, wird dringend empfohlen, sich schon jetzt mit Briketts für den kommenden Winter einzudecken, da eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung zu erwarten ist. Briketts werden in diesen Tagen in größeren Mengen bei den hiesigen Kohlenhändlern eintreffen.

Steinheim, den 1. Juni 1921.

Der Magistrat.
J. V.: Reineke.

Landwirtschaftlicher Lokal-Verein.

Es ist eine Partie Kleie angekommen. Diejenigen Mitglieder, welche Kleie benötigen, wollen sich an den Schriftführer des Vereins wenden. Die Kleie kostet Mark 36,50 pro Zentr. und hat Zahlung bei Empfang zu erfolgen. Diejenigen Mitglieder, welche vorigen Monat Kleie aus der Ottomeyer'schen Mühle bekommen haben, können diesesmal nicht berücksichtigt werden. Wer bis Dienstag den 7. Juni keine Kleie abgeholt hat, hat keinen Anspruch auf Lieferung mehr.

Die Anmeldung für das am 6. Juli in Brakel stattfindende Bezirkstierschaufest hat bis zum 10. Juni an den Vorsitzenden, Herrn Direktor Fuest-Warburg, zu erfolgen und wollen die Mitglieder, welche ausstellen wollen, sich bis zum genannten Tage dorthin wenden. **Der Vorstand.**

Ziegenzucht-Verein zu Steinheim.

Die Mitglieder, welche zum Tierschaufeste in Brakel Ziegen und Milchschafe, sowie Lämmer von beiden Tiergattungen ausstellen wollen, müssen sich umgehend bei dem Vorsitzenden, Herrn Franz Steinwart, melden. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Steinheim.)

Am Sonnabend, den 4. Juni, Abends 8.30 Uhr bei Gastwirt Bernh. Breker

Monats-Versammlung

Tagesordnung:

1. Verbands-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht:

Der Vorstand.

Weingroß-Handlung
L. Kremer, Steinheim i. Westf.
Fernsprecher Nr. 20

Deutsche und franz. Rotweine
Krankenweine - Süßweine
Rhein- und Moselweine
in grosser Auswahl.

Versandt und Lieferung sofort.
Für Wiederverkäufer ohne Steuer.
Verlangen Sie Preisliste.

Lügder Schützenzelt
mit neuem Laken, Grösse 9 mal 30 Meter ist noch für einige Sonntage frei. Gefl. Anfragen an Rechnungsführer Jos. Kappe.

Wo gehen wir Sonntag hin?
Zum ersten Schützenfeste, welches in Hagedorn gefeiert wird und mit grossen Vorbereitungen arrangiert ist.
Das Festkomitee.

Fensterglas - Rohglas - Drahtglas
Ornamentglas weiß und farbig
Glasdachpfannen, extra stark
kaufen Sie stets am billigsten im Spezial-Geschäft
Ludwig Lammersen, Steinheim
— Glaserei und Glas-Handlung —

Wollgarne schwarz, braun und grau (gehabte bewährte prima Qualität)
von heute ab: 1.10 Mark pro Bind.
S. Emmerich Wwe., Steinheim.

Frisch eingetroffen:
Prima Stangenspargel, Schweineschmalz
Geräucherten Speck und Schinken
Gesalzenen Speck.
Richard Büchter, Steinheim.

Fette, gesunde
Schweine
erzielt man durch


Erhöht die Freßlust, verhindert Knochenweiche und heilt solche in wenigen Tagen
Regelt die Verdauung, vertreibt Würmer.
In Paketen zu 3.00, 6.00 14.50 und 28.00 Mark
In Steinheim bei:
Hermann Eichler.

Halbtags-Mädchen
gesucht.
Frau Georg Hoffmann

Nun merk' Dir endlich, liebe Maus,
Zum Waschtag muss Persil ins Haus!

Denn erstens wäscht es wundervoll, zweitens schont und erhält es die Wäsche, und drittens spart es Arbeit, Seife und Kohlen.

PERSIL
ist das beste selbsttätige Waschmittel!
Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.
Alleinige Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Da es mir die Zeit nicht erlaubt, persönlich Abschied zu nehmen, sage ich auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten ein

Herzliches Lebewohl!

Helmut Westphal.

Aus Stadt und Land.

** **Denkmal für die gefallenen Blinker.** Auf dem Landgrafenberge bei Jena wurde ein Denkmal für die gefallenen Blinker, die in Jena ihre Garnison hatten, eingeweiht. Aus dem ganzen deutschen Reiche und aus dem besetzten Gebiete waren Angehörige der ehemaligen Nachrichtentruppe zur Feier eingetroffen. Das Reichswehrministerium sowie militärische Vereine legten Kränze nieder. Auch ein Flieger warf Blumen herab.

** **Der erste deutsche Marinetag.** Zum Gedenken an die Schlacht im Skagerack und zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Angehörigen der Marine hat am Sonntag in München der erste deutsche Marinetag stattgefunden. In dem mit Wimpeln und Lorbeer reichgeschmückten Löwenbräu-Keller begrüßte am Sonnabend der erste Vorsitzende der Seeoffiziervereinigung die zahlreich erschienenen Kameraden. Am Sonntag war eine Trauerfeier in dem Odeon. Die bayerischen Prinzen Leopold, Konrad, Ludwig Ferdinand und Adalbert und zahlreiche höhere Offiziere standen vor dem geborstenen Mastbaum, der als Sinnbild aufragte. Vizeadmiral von Mann hielt die Gedächtnisrede. Man hörte von „Göben", „Breslau", „Emden", „Möwe", „Frauenlob", Falklandsinseln, Spee und Weddigen. Mit dem niederländischen Dankgebet schloß die ergreifende Feier. In geschlossenem Zuge ging es dann, von Tausenden herzlich begrüßt, durch die Stadt zum gemeinsamen Mittagessen.

** **Die Höllenmaschine als Geburtstagsgeschenk.** Ein verbrecherischer Anschlag ist in Seegefeld in der Mark im letzten Augenblick vereitelt worden. Nur durch einen glücklichen Zufall sind dort die 16 Jahre alte Hildegard Koschke sowie ihre Angehörigen dem Tode entgangen. Man hatte dem jungen Mädchen eine Höllenmaschine als Geburtstagsgeschenk in das Haus geschickt, die nur deshalb nicht zur Explosion kam, weil dem Verbrecher bei ihrer Herstellung ein Konstruktionsfehler unterlaufen war. Die Ermittelungen nach dem Absender sind sofort eingeleitet worden.

** **Fortdauer des Waldenburger Streiks.** Der Bergarbeiterstreik nimmt größeren Umfang an. In Breslau stehen neue Sperrmaßnahmen bevor. In Schweidnitz sind seit Sonnabend die Kohlen in den öffentlichen Verkaufsstellen erschöpft. In verschiedenen mittelschlesischen Städten steht die Einstellung der Gasversorgung bevor, da die Gaszufuhr durch das Niederbrennen der Oefen vollständig abgeschnitten ist. Bisher haben noch keine neuen Verhandlungen stattgefunden. Die zum Reichsarbeitsministerium entsandten Organisationsvertreter sind ohne Ergebnis zurückgekehrt.

** **Millionenraub in Danzig.** Einbrecher raubten in einem Bankgeschäft in der Hundegasse einen Geldschrank aus und erbeuteten u. a. für vier Millionen Polenmark und andere ausländische Devisen, auch deutsches Goldmarkgeld.

** **Ein 45 Millionen-Konkurs.** Der Inhaber des Wiener Bankhauses Ignatz Neumann sowie zwei seiner Disponenten wurden verhaftet. Die Firma ist in Konkurs geraten. Den Passiven von 45 Millionen stehen nur 12 Millionen Aktiven gegenüber. Das Bankhaus Ignatz Neumann hat insbesondere in Devisen betrügerische Geschäfte gemacht. Die Firma wurde unter Geschäftsaufsicht gestellt. — Noch eine zweite Verhaftung wird aus Wien gemeldet: Der 26jährige Bankbeamte Schneider, der die Devisenzentrale um 17 Millionen Kronen geschädigt hatte, wurde auf der Hochzeitsreise mit seiner Frau verhaftet. Auch ein zweiter Bankbeamter namens Rybar, der bei den Diebstählen der Helfershelfer Schneiders war, wurde verhaftet.

Lokales.

△ **Auslandsbriefsendungen,** besonders solche nach überseeischen Ländern, geraten nicht selten deshalb in Verlust, weil zu den Umschlägen ungeeignetes oder minderwertiges Papier sowie zur Verschnürung der Drucksachen und Warenproben Papierbindfaden verwende twird. Während einer längeren Beförderungsstrecke, die u. U. mehrmaliges Umarbeiten und ebenso häufiges Umpacken usw. der Sendungen erfordert und auf der im Ueberseeverkehr durch die Schiffsbewegung fortgesetzte Reibungen stattfinden, zermürben und zerreißen ungenügend feste Briefumhüllungen ebenso leicht, wie der noch immer zur Verschnürung der Mustersendungen verwendete Papierbindfaden. Wenn dabei Teile der Anschrift verloren gehen, oder der Inhalt der Sendungen nicht mehr genügend zusammengehalten wird, ist die Gefahr, daß solche Sendungen ganz oder teilweise in Verlust geraten, außerordentlich groß. Es wird deshalb empfohlen, für Briefe usw., besonders im Ueberseeverkehr, nur dauerhafte Umschläge und zur Verschnürung der Drucksachen und Mustersendungen festen, nicht leicht zerreißbaren Bindfaden zu verwenden.